

Die Anrechnung von Arbeitsverdienst nach neuen, einheitlichen Grundätzen durchgeführt. Wenn von gewissenloser Seite verbreitet worden ist, daß die Zahlung der Unterfügungen gefährdet sei, so möchte ich ausdrücklich feststellen, daß das unwahre und irreführende Meldungen sind.

Bereits in drei Notwintern haben sich die beiden großen Organisationen des sächsischen Hilfsverkes, die Winterhilfe der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Solidarität, d. i. das Sammelwerk der Arbeiterverbände, zum Ziel gesetzt, neben der öffentlichen Fürsorge an der Linderung der Not mitzuwirken und dort zu helfen, wo die öffentliche Fürsorge nicht oder nicht genügend einwirken vermag. Die sächsische Regierung hat sich von jeher bemüht, beide Hilfswerke gleichmäßig zu fördern und sie möglichst weitgehend aneinanderzuführen. Sie marschieren zwar getrennt, aber nebeneinander. Groß sind die Erfolge dieser Winterhilfe im letzten Jahre gewesen. Der Wert aller im vorigen Winter geleisteten freiwilligen Hilfsarbeit kann immerhin auf acht bis neun Millionen Mark beziffert werden. Mit voller Kraft haben die Verbände auch in diesem Winter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Seit dem Silvesterabend hat eine Strafenlotterie der Winterhilfe

eingesetzt, deren Erlös beiden Hilfsverken nach einem vereinbarten Schlüssel zugute kommt. Es werden Losbriefe zum Preise von 50 Pfg., von denen jeder zehnte einen Gewinn in Höhe von 50 Pfg. bis 500 Mark erhält, der sofort ausgezahlt wird, verkauft. Ich möchte für diese neuartige Form des Sammelwerkes die sächsische Bevölkerung um tatkräftige Unterstützung bitten. Ich hoffe, daß bei allen gefälligen Veranstaltungen und bei frohen Gelegenheiten meine Hörer das Winterhilfswerk durch den Kauf von Losen fördern werden. Darüberhinaus bitte ich Sie, Ihre Hilfe in den letzten und schwersten Monaten dieses Winters noch zu verstärken, damit wir nicht nur in verantwortungsbewußter Verbundenheit die furchterliche Not unserer Erwerbslosen, Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen mindern, sondern daß wir zugleich damit den Grund legen für einen Wiederaufstieg unseres ganzen Volkes.

Geforderte Entscheidungen.

Politische Kämpfe im Reich und in Preußen.
In der politischen Öffentlichkeit wird in letzter Zeit wieder vielfach die Frage von Neuwahlen in den kommenden Wochen erörtert. Diese Gerüchte haben ihren Ausgangspunkt gefunden in der bereits seit einigen Wochen geplanten Aussprache zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns, in der neben anderen Möglichkeiten der

Lösung der Preußenfrage
besonders die Frage der legalen Wahl eines neuen Ministerpräsidenten für Preußen und demzufolge die Beendigung der kommissarischen Regierung erörtert werden soll. Ministerpräsident Brauns hat übrigens ein ausführliches Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, in dem er alle schon mit dem früheren Reichskanzler von Papen und dem Reichskommissar Dr. Brücker erörterten Forderungen und Beschwerden des preussischen Staatsministeriums wiederholt hat. Ein genauer Zeitpunkt für die Unterredung ist allerdings noch nicht festgesetzt. Sollte bei der Aussprache zwischen Brauns und Schleicher eine Neuwahl des preussischen Ministerpräsidenten gemäß den gesetzlichen Bestimmungen nicht zustande kommen, so darf mit der

Auflösung des Preussischen Landtages
zu rechnen sein. Diese Landtagsauflösung ist in Preußen auf zwei Arten möglich: entweder wird sie mit Mehrheit vom sogenannten Drei-Männer-Kollegium beschlossen, dem der Ministerpräsident Brauns (Soz.), der Landtagspräsident Kerkel (Nat.-Soz.) und der Präsident des Preussischen Staatsrates Adenauer (Ftr.) angehören, oder aber, der Landtag beschließt mit Mehrheit selbst die Auflösung.

Die Frage, ob es zu einer Landtagsauflösung in Preußen kommen wird oder nicht, wird im wesentlichen auch beeinflusst sein von den weiteren Vorgängen im Reich. Reichskanzler von Schleicher hat ja wissen lassen, daß er den Reichstag bald vor die Vertrauensfrage seinem Kabinett gegenüber

stellen wird. Eine neue Gefahrenquelle für die Reichsregierung scheint die vor kurzem erlassene **Margarineverordnung**

zu sein, die bei den Reichstagsparteien starke Gegnerschaft gefunden hat und deren Aufhebung man im Reichstag beantragen will. Wie die Reichsregierung sich zu einem solchen Aufhebungsbeschluss stellen würde, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls weiß man, daß Reichskanzler Schleicher sehr den Reichstag möglichst schnell vor die Entscheidung stellen will. Sollte es dabei zu einer Reichstagsauflösung kommen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß dann zu gleicher Zeit in Preußen Neuwahlen stattfinden werden. Die Frist für Neuwahlen im Reich sollte dann so abgeklärt werden, daß

die Wahlen eventuell noch im Februar vor sich gehen könnten.

Der Ältestenrat, der am Mittwoch, den 4. Januar, zusammentritt, soll ja nunmehr Beschluß darüber fassen, wann der Reichstag für seine Januartagung zusammenkommen soll. Man rechnet allgemein damit, daß dies Mitte Januar der Fall sein wird, und dann werden auch die großen politischen Entscheidungen, denen man im Dezember in Anbetracht des bevorstehenden Weihnachtsestes mit Absicht ausgewichen ist, bald fallen.

Handwerksvertreter bei Dr. Gerete.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerete, empfing die leitenden Herren des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zu einer Aussprache. Insbesondere wurde die Fortführung der Arbeiten für die Wiederinstandsetzung des Altkausbesitzes in ausreichendem Umfange, weiter die Einschränkung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und die Frage der städtischen und ländlichen Siedlung besprochen. Die Vertreter des Handwerks brachten zum Ausdruck, daß sie an der schnellen Bildung des in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Dezember 1932 vorgesehenen Rates für Arbeitsbeschaffung und an einer ausreichenden Beteiligung des Handwerks an diesem Beirat ein vorrangiges Interesse hätten.

Ämtliche Stellungnahme in der Margarinefrage.

Gegen die Erklärung des Margarineverbandes.
Der Margarineverband veröffentlicht in Berliner Zeitungen eine Stellungnahme zur Butterbeimischung. Hierzu erfolgt jetzt eine ämtliche Feststellung, in der es unter anderem heißt:

Vertreter des Margarineverbandes, der nicht nur den holländisch-englischen Margarinekonzern, sondern auch die wenigen konzernfreien Margarinefabriken umfaßt, sind seit dem Herbst 1932 wiederholt im Reichsernährungsministerium empfangen worden, vor Erlass der Notverordnung. Sie haben zwar gewisse Bedenken gegen die beabsichtigte Regelung geäußert, sich aber zur Mitarbeit bereit erklärt und in Aussicht gestellt, nach Weihnachten schriftliche Vorschläge für die Durchführung der Butterbeimischung und der beabsichtigten Produktionskontingentierung einzureichen.

Der Einwand der technischen Undurchführbarkeit der Butterbeimischung kann von der besonders in Deutschland hochentwickelten Margarineindustrie um so weniger mit Recht erhoben werden, als namentlich die Konzernfabriken infolge ihrer internationalen Verflechtung sich mühelos die Erfahrungen der im Ausland gelegenen Fabriken zunutze machen können.

Angeichts der Tatsache, daß die Preise der Margarinerohstoffe in den letzten Jahren in größerem Ausmaße gefallen sind als die deutschen Margarinepreise sowie ferner, daß die Rohstoffe untereinander austauschbar sind, und es sich im allgemeinen um eine Industrie mit guten Verdienstmöglichkeiten handelt, ist die Reichsregierung der Auffassung, daß bei gutem Willen der Beteiligten sich eine Regelung der Butterbeimischung finden lassen muß, die eine Verteuerung der für den Konsum der breiten Massen bestimmten Margarine ausschließt.

Forderungen zum Schutz der Landwirtschaft

In der Parteivorstandssitzung der NSDAP. wurde zu den landwirtschaftlichen Fragen eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Lage der Landwirtschaft ist so trostlos, daß bei ihrer Fortdauer alsbald etwa 500 000 Morgen landwirtschaftlicher Nutzfläche und unzählige Betriebe im Osten als nicht mehr sanierungsfähig auf den Markt geworfen und zum Teil der Volksernährung verlorengehen werden. Damit wird die Reichsregierung vor Aufgaben gestellt, die sich im Rahmen staatlicher und sozialer Ordnung nicht mehr meistern lassen. Zur Erhaltung der heute schon fast sicher gestellten Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle müssen die Getreidepreise auf einen Stand gebracht werden, der die Rentabilität garantiert.

Die ausländische Einfuhr zum Schutze der Verarbeitungsbetriebe muß so weit eingeschränkt werden, als es im Interesse der Erhaltung der deutschen Betriebe und im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft erforderlich ist. Es ist dahin zu wirken, daß der Zinssatz für landwirtschaftlichen Kredit, insbesondere die Zinsspanne, erheblich gesteuert wird. Durch künftige Handelsvertragsverhandlungen dürfen die Zölle für Erzeugnisse der Landwirtschaft, des Gartenbaues, sowie der Fischerei nicht wieder gehoben werden, vielmehr müssen die Zölle für diese Erzeugnisse allein durch die deutsche autonome Gesetzgebung geregelt werden.

Die Sendung des deutschen Bauern.

Hilfer aus der agrarpolitischen Parteitagung.
Im Mittelpunkt der in München stattgehabten agrarpolitischen Tagung der Reichsleitung der NSDAP. stand ein Referat Hitlers über die Sendung des deutschen Bauern. Dem Bericht der NSD. zufolge führte Adolf Hitler unter anderem aus: Der tiefere Grund, warum die Nationalsozialisten allen jenen Regierungen ablehnend gegenüberstehen, die glauben, den jetzigen Zustand in Deutschland konzentrieren zu müssen, sei der, daß sie zu bequem seien und nicht den Mut hätten, die marxistische Volkserziehung von grundaus zu beseitigen. Nach erfolgter innenpolitischer Säuberung und Regeneration unseres Volkes werde es auch dem Ausland sehr bald zum Bewußtsein kommen, daß ihm ein anderes Volk gegenüberstehe als bisher. Wie der Bauer, der jedes Jahr säen und an seine Ernte glauben muß, ohne zu wissen, ob sie nicht Wind und Wetter zerstört und seine Arbeit ohne Lohn bleibt, so mühen wir auch politisch den Mut haben, das zu tun, was notwendig getan werden müsse, ganz gleich, ob im Augenblick der Erfolg schon sichtbar sei oder nicht.

Forderungen der Hansestädte.

Hamburger und Bremer Senat schreiben an den Reichskanzler.

Der hamburgische Senat hat in einem Schreiben an den Reichskanzler auf die Gefahr hingewiesen, die sich für den deutschen Außenhandel aus dem fast gleichzeitigen Ablauf und der Kündigung einer Reihe wichtiger Handelsverträge in der nächsten Zeit ergebe. Im Einverständnis mit den Senaten Bremens und Lübecks und unter Bezugnahme auf eine entsprechende Zusage vom September vorigen Jahres hat der Senat gebeten, die geplanten außenpolitischen Maßnahmen des Reiches jeweils mit Vertretern der Senate der drei Hansestädte und ihren Handelskammern durchzusprechen und vor der Beschlußfassung Gelegenheit zur Erörterung der Einzelheiten, insbesondere der geplanten Zollerhöhungen, zu geben.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat ein Schreiben gleichen Inhalts an den Reichskanzler gerichtet.

Deutscher Schritt in Brüssel.

Wegen der Ausweisung des Kaplans Gilles.

Auf Ersuchen der Reichsregierung ist der deutsche Gesandte in Brüssel, Graf Verhagenfeld, bei der belgischen Regierung wegen der Ausweisung des Kaplans Gilles aus Eupen vorstellig geworden. Er wurde vom Außenminister Symans empfangen und legte den Standpunkt der Reichsregierung dar.

Graf Verhagenfeld hat, wie verlautet, betont, daß die belgische Ausweisungsbearbeitung in keinem Punkte stich-

haltig sei. Kaplan Gilles habe in keiner Weise und in keinem Fall weder in Ausübung seines priesterlichen Amtes noch in seiner Tätigkeit als Vorsitzender des katholischen Jugendvereins die Zurückhaltung verlegt, die ihm als Nichtbelgier selbstverständlich auferlegt gewesen sei. Es habe kein Grund vorgelegen, gegen Gilles einzuschreiten, und Deutschland müsse eine neue gründliche Untersuchung des Falles fordern.

Inflation in Amerika?

Washington. In einer kürzlichen Senatsausprache deutete Senator Borah, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die Absicht an, eine Gesetzesvorlage zur Vermeidung des Notenumlaufes einzubringen, wodurch eine Wertverminderung des Dollars eintreten würde. Senator Borah erklärte, daß dies das einzige Mittel zur Stabilisierung der Notisostpreise und zur Rettung der amerikanischen Landwirtschaft sei, die unter dem Wettbewerb der vom Goldstandard abgewandenen Länder schwer leide.

Mehrere Mitglieder des amerikanischen Kongresses drückten ihre persönliche Ansicht dahin aus, daß der gegenwärtige oder der nächste Kongreß unbedingt inflationistische Maßnahmen treffen müsse, wobei die Frage offengelassen wurde, ob dies leichter durch Erhöhung des Notenumlaufes oder durch die Einführung der Silberwährung erfolgen solle.

Stürmische Kriegsschuldenausprache im amerikanischen Senat erwartet.

Washington, 3. Januar. Der republikanische Senator Johnson (Kalifornien) hat für Mittwoch eine große Rede über die Kriegsschulden angekündigt. Es wird damit gerechnet, daß sich eine stürmische Aussprache über die Kriegsschuldenfrage anschließen wird.

Der Vertreter von Wisconsin im Repräsentantenhaus, Schafer, brachte einen Antrag ein, in dem ein Einbußverbot für französische Waten gefordert wird, bis Frankreich die Devisenrate besetzt hat.

Kirche in Brand gesteckt.

Madrid, 4. Januar. In einem Dorfe bei Sevilla wurde am Dienstag die Pfarrkirche, die großen künstlerischen Wert hatte, von Kommunisten in Brand gesteckt, so daß sie vollständig niederbrannte.

In der Nähe des Escorial entgleiste ein Personenzug, so daß der Süderzug um fünf Stunden Verspätung in Madrid ankam. Es handelt sich dabei, wie festgestellt werden konnte, um einen der planmäßigen Sabotageakte, die in der letzten Zeit auf den spanischen Eisenbahnen sehr oft vorgekommen sind.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 4. Januar 1933.

Werkblatt für den 5. Januar:

Sonnenaufgang	8 ¹¹	Mondaufgang	10 ¹¹
Sonnenuntergang	16 ¹¹	Monduntergang	18 ¹¹

1816: Der Philosoph Rudolf Eucken geb.

Der Weihnachtsbaum als Gefahrenquelle.

Mit dem Weihnachtstage beginnen die heiligen zwölf Nächte unserer Vorfahren; sie enden mit dem Feste der Heiligen drei Könige am 6. Januar. In diesem Zeitraum, in dem die Tage gleich kurz und die Nächte gleich lang sind, unterzieht man in den Wohnstätten dauernd leuchtende Feuerbrände. Erst viel später Zeit entstammen die Dichter des Weihnachtsbaumes und die Art der Feier unseres Weihnachtsfestes, in der sich alte heidnische und christliche Bräuche mischen. Der staatlichen Feiertage sind jetzt nur noch zwei, aber der Volksbrauch und die Kirche feiern den Heiligabend und die heilige Nacht in Anlehnung an die erwähnten Vorbäterbrände.

Wie die Alten die Feuer vertrieben, so soll auch die Jetztzeit die Dämonen des Weihnachtsbaumes nach Ablauf der heiligen zwölf Nächte auslöschen. Wenn der Baum am Heiligen-drei-Königstag zum letztenmal erstrahlt ist, ist die Zeit der Feste beendet. Dann fort mit dem Weihnachtsbaum!

Es fallen die Nadeln ab und dürr sind die Äste. Ein sterbender Baum, wo vorher Fröhlichkeit herrschte und die Flamme das Zeichen neuen Lebens darstellte.

Ein Funke bringt den trockenen Baum zum Brand. Solch ein Feuerbrand bleibt ewig im Gedächtnis. Mit Schauern denkt der Erwachsene an dieses schreckliche Erbebnis der Jugend. Niemals hat er mehr reine Freude an dem leuchtenden Lichterglanz des strahlenden Baumes, stets erscheint ihm das graue Bild der todernden Feuerbrunst.

Der Weihnachtsbaum bildet jetzt eine Gefahrenquelle. Der Baum hat die Kinderherzen erfreut, er hat seine Schuldigkeit getan. Nach dem frohen Fest wieder ernste Arbeit! Aus der Wohnung mit dem Weihnachtsbaum!

Auch sei darauf hingewiesen, daß nach statistischen Aufzeichnungen im Januar zahlreiche Wohnungsbrände durch trockene Weihnachtsbäume entstehen. Auch ist es schließlich wichtig, zu wissen, daß ausgediente Weihnachtsbäume nie in einem geschlossenen Ofen verbrannt werden sollen, da Gase, die sich aus dem Holz des Holzes entwickeln, den Ofen auseinanderreißen können.

Nach dem Hundertjährigen Kalender soll es vom 1. bis 3. Januar trübe und kalt sein, den 4., 5. und 6. folgen Regengüsse, worauf vom 7. bis 9. starke Kälte kommt; vom 10. bis 15. soll es regnen, und dann bis zum Ende ganz unbeständig sein, mit Wind, Schnee und Nebel.

Der Januar vor 10 Jahren begann nach einer milden, schönen Silvesternacht mit herrlichem Sonnenschein, genau wie in diesem Jahre. Leider war das Jahr 1923 aber keineswegs so sonnig und heiter wie der erste Tag, sondern das Gespenst der Inflation überhäutete das armgewordene Deutschland mit düsterem Dunkel, und das deutsche Volk, ausgehungert, verelendet, fing an, mit Willkür, und schließlich mit Billionen zu rechnen. Schon im ersten Monat bekam man davon zu spüren. Von dem alle Vorstellungen übersteigenden rasenden Anstieg der Inflation gibt Zeugnis, daß man in demselben Monat für ein 20-Markstück in Gold zunächst 26 000, dann 35 000 und schließlich sogar 70 000 Papiermark zahlen